

Interview mit Mojib Rahman Atal

(Research Fellow und Doktorand an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Gründer der „Afghan Diaspora Initiative“)

Q1: Erwarten Sie einen Exodus von Afghan*innen seit der Machtübernahme der Taliban?

Mojib Rahman Atal (MRA): Nun, diese Frage sollte im Zusammenhang mit der aktuellen Situation beantwortet werden. Den Taliban fehlt die internationale Anerkennung, die USA haben die Bestände der afghanischen Zentralbank eingefroren, und angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs sind die Menschen unsicher, was ihre Zukunft betrifft. Außerdem wird von gezielten Tötungen in verschiedenen Provinzen berichtet, und Vergeltungsversuche lassen an der Amnestie der Taliban und die Kontrolle über ihre Streitkräfte zweifeln. Die aus dem ländlichen Klerus hervorgegangenen Taliban besetzten die meisten Regierungsposten und betrachten ehemalige Staatsbedienstete als Personen, die für ein Marionettenregime gearbeitet haben, das die Invasoren, die USA und ihre Verbündeten in Afghanistan, unterstützte.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass viele Afghan*innen, die für die vorherige Regierung und westliche Länder oder Institutionen gearbeitet haben, vor allem aus der städtischen und gebildeten Schicht, das Land verlassen. Die Grenzen sind jedoch nach wie vor geschlossen, die Ausstellung neuer Pässe verzögert sich, und der Winter steht bereits vor der Tür; dies erschwert die Mobilität in einem Land wie Afghanistan, das über eine schlechte Verkehrsinfrastruktur verfügt, sehr.

In Anbetracht der oben genannten Probleme und der fehlenden humanitären Hilfe wird die Ungewissheit über die Zukunft Afghanistans weiter zunehmen, und im Sommer und in den kommenden Jahren ist zu erwarten, dass es zu einer Kombination aus Stadt- und Landflucht und Migration kommen wird. Die Zahl der Menschen, die nach Europa kommen könnten, wird jedoch nicht mit der Anzahl derer vergleichbar sein, die im Jahr 2015 während der so genannten "Flüchtlingskrise", nach Europa kamen. Diese Krise wurde dadurch noch verschärft, dass innerhalb kurzer Zeit Afghan*innen aus Afghanistan, dem Iran und der Türkei, versuchten, Europa zu erreichen. Sicherlich wird die Zahl der Afghan*innen, die Afghanistan in der Erwartung, Europa zu erreichen, verlassen, in Pakistan, im Iran und schließlich in der Türkei allmählich zunehmen. Daher muss sich die EU auf die Neuankömmlinge im Sommer und in den kommenden Jahren einstellen, es sei denn, die Lage in Afghanistan verbessert sich drastisch.

Q2: Pakistan, Iran, die Türkei und Deutschland haben eine beträchtliche Anzahl afghanischer Flüchtlinge aufgenommen: Mit welchen Gemeinsamkeiten und Unterschieden sind afghanische Flüchtlinge in diesen drei Ländern konfrontiert?

MRA: Pakistan und Iran haben eine lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan und die meisten registrierten und nicht registrierten afghanischen Flüchtlinge weltweit aufgenommen. Aufgrund sprachlicher und religiöser Gemeinsamkeiten ist Pakistan ein bevorzugtes Ziel vor allem für Paschtunen, die von dort aus auch in die Golfstaaten migriert sind. Für die Tadschiken und insbesondere für die Hazara war jedoch der Iran sowohl vor als auch nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion im Jahr 1979 eines der Hauptziele. Die Migration in beide Länder erfolgte überwiegend aus ländlichen Gebieten, in denen die afghanischen Kämpfer Widerstand gegen die Rote Armee leisteten.

Für Afghan*innen war es nie einfach, über den Iran in die Türkei zu gelangen, und in der Vergangenheit konnten nur diejenigen, die sich diese Reise finanziell und aufgrund ihrer sozialen Netzwerke leisten konnten, die Türkei erreichen. Für die Usbeken und Turkmenen Afghanistans, die ein türkisches kulturelles Erbe teilen, ist die Türkei weiterhin ein attraktives Ziel geblieben.

Neben der politischen Situation spielten auch religiöse und ethno-linguistische Gemeinsamkeiten eine wichtige Rolle bei den regionalen Migrationsbewegungen der Afghan*innen. Zu Beginn der Besetzung durch die Sowjetunion wurden die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan und Iran als überwiegend muslimische Länder willkommen geheißen, und ihre Aufnahme wurde als islamische Verpflichtung und humanitärer Akt betrachtet. Da die Afghanen jedoch billige Arbeitskräfte waren, wurde ihre Anwesenheit langfristig auch Teil der Wirtschaftspolitik dieser Länder. Sowohl Pakistan als auch der Iran hatten die afghanischen Flüchtlinge für politische Verhandlungen mit der früheren afghanischen Regierung instrumentalisiert. Im Gegensatz dazu kamen Afghan*innen aus den Städten meist nach Deutschland, sei es als Geschäftsleute, Studierende oder politisch Verfolgte vor und nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion. In den letzten Jahren sind sowohl Migrant*innen aus dem städtischen wie auch aus dem ländlichen Raum nach Deutschland gekommen, insbesondere während der so genannten "Flüchtlingskrise". Weniger Beschränkungen an den Grenzen veranlassten viele Afghan*innen der ersten und zweiten Generation, den Iran zu verlassen und nach Europa und Deutschland zu gehen.

Heute leben in Deutschland Afghan*innen fast aller ethnischen Gruppen, die Zahl der Männer überwiegt die der Frauen, und die afghanische Bevölkerung in Deutschland ist relativ jung. Im Vergleich zu Iran und Pakistan, wo die Afghan*innen mit vielen rechtlichen Einschränkungen zu kämpfen haben, gibt es in Deutschland weniger Hürden für sie. Ein großer Unterschied ist der Umgang dieser Länder mit der Einbürgerung. Es scheint, dass die meisten Afghan*innen bereits Teil der deutschen Gesellschaft geworden sind oder werden und es kaum eine Aussicht gibt, dass sie nach Afghanistan zurückkehren. Dies trifft für die Mehrheit derer, die in Pakistan und im Iran leben, nicht zu.

Q3: Was sollte die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Europäische Union, tun, um die Situation in Afghanistan und die der afghanischen Flüchtlinge zu verbessern?

MRA: Ich glaube, dass die derzeitige Situation in hohem Maße durch das falsche Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten was die Taliban betrifft beeinflusst wird. Dies hat die afghanische Regierung sehr geschwächt. Nach 2001 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle beim Aufbau eines demokratischen Staates gespielt, aber sie haben nicht verstanden, wie komplex die Situation vor Ort ist. Die EU und ihre Mitgliedstaaten

versäumten es, die afghanische Regierung zu unterstützen, und ihren Einfluss ohne die militärische Präsenz der USA in Afghanistan aufrechtzuerhalten. Dies führte dazu, dass die vorherige Regierung zusammenbrach und die internationale Gemeinschaft als Ganzes in eine äußerst schwierige Lage geriet.

Jetzt ist die internationale Gemeinschaft einerseits nicht bereit, die Taliban als legitime Regierung anzuerkennen, andererseits drängt eine humanitäre Krise die internationale Gemeinschaft dringend einzugreifen, um katastrophale Zukunftsszenarien von Hunger und Flucht zu verhindern. Die Taliban haben auch erkannt, dass ohne internationale Anerkennung und Zusammenarbeit ihre Isolation weiter zunehmen und die öffentliche Unzufriedenheit wachsen wird, was ihre Regierung destabilisieren würde. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Taliban die internationale Gemeinschaft häufig aufgefordert haben, sie als neue Machthaber in Afghanistan anzuerkennen und ihre finanzielle Unterstützung für das afghanische Volk beizubehalten. Unter den gegenwärtigen Umständen scheint es angebracht, die humanitäre Hilfe durch internationale Organisationen wie UNHCR, WFP*, UNICEF usw. fortzusetzen und gleichzeitig den Druck auf die Taliban aufrechtzuerhalten, damit ihre Bereitschaft wächst, eine alle afghanischen Volksgruppen vertretende Regierung einzusetzen und die Grundrechte der afghanischen Bürger zu respektieren.

Dies erfordert eine aktive politische Rolle der internationalen Gemeinschaft sowie die Bereitschaft zu humanitärer Hilfe über internationale Organisationen, um die Folgen früherer Versäumnisse abzumildern und eine weitere Verschärfung der humanitären Krise im Land zu vermeiden. Die internationale Gemeinschaft sollte aber auch die Rolle Pakistans und Irans sowohl als unmittelbare Aufnahmegesellschaften afghanischer Flüchtlinge als auch als Beteiligte an den zukünftigen Angelegenheiten Afghanistans nicht vergessen.

* United Nations World Food Programme

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Projektpartner

bicc Bonn
International Centre
for Conflict Studies

Centre for Human Rights
Erlangen-Nürnberg
CHREN

d.i.e
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies